

Wehrhafte Toleranz

Von Thomas Schmid

Die Welt wird unübersichtlicher von Tag zu Tag, und das überfordert nicht nur uns und unsere Politiker, sondern sogar schon die Kabarettisten. Im spätabendlichen »Nachschlag« machte sich einer von ihnen zuerst über Bundesinnenminister Kanther lustig, weil der sich von den kurdischen Protestaktionen auf deutschen Autobahnen habe überrumpeln lassen – um unmittelbar darauf das bekannte Bild zu beschwören: deutsche Polizisten als blindlings prügelnde Faschisten, die die freie Fahrt der Deutschen, nicht aber die Rechte verfolgter Kurden schützen. Zwei Vorwürfe, die sich schwerlich auf einen Nenner bringen lassen: Nachwächterstaat und zu starker Staat.

Es mangelt mal wieder an Gelassenheit und Standfestigkeit. Schon Helmut Kohl vergriff sich im Ton, als er meinte, mit den Blockaden habe der »Terror eine neue Dimension« erreicht, notfalls müsse man nun das Ausländerrecht ändern. Das rief natürlich die vielen kleinen Scharfmacher auf den Plan. Johannes Gerster meinte, man solle den Kurden in Deutschland generell die politische Betätigung untersagen. Kanther erwog eine härtere Abschiebep Praxis, und ein Kommentator der FAZ erinnerte an Schäubles Idee, die Bundeswehr auch im Innern einzusetzen.

Das alte Spiel: Ein Gesetz wird übertreten – und sofort sind die zur Stelle, die nicht auf die Anwendung der strafrechtlichen Bestimmungen, sondern auf deren Verschärfung drängen. Im Grunde mißtrauen die Scharfmacher dem liberalen Rechtsstaat: Sie glauben nicht, daß der attraktiv und überzeugend, und sie glauben schon gar nicht, daß er wehrhaft sein kann. Liberalität ist für sie kein Grundsatz, sondern ein Luxus, den man sich allenfalls in ruhigen Zeiten leisten kann. Sie haben nicht begriffen, daß sich eine Demokratie vor allem in Krisenzeiten zu bewähren hat und daß sie in der Lage sein muß, Feinden der Freiheit entschieden entgegenzutreten – ohne auf das Prinzip der größtmöglichen Toleranz zu verzichten.

In Frankfurt am Main hat sich gezeigt, daß dieser Weg gangbar ist. Man hat dort nicht auf Polarisierung gesetzt, hat das kurdische Newroz-, das Neujahrs-Fest, nicht verboten, sondern in einem komplizierten Verhandlungsprozeß vorbereitet, an dem der »Verband der Vereine aus Kurdistan« ebenso beteiligt war wie die Polizei und die zuständigen Dezernate. Insbesondere Daniel Cohn-Bendits »Amt für multikulturelle Angelegenheiten«. Alle Auflagen wurden eingehalten, das Fest verlief friedlich, und die Kurden sahen ihre Probleme wenigstens ein Stück weit anerkannt.

Die Bundesregierung darf nicht zum Austragungsort von Konflikten werden, die nur in der Türkei gelöst werden können – da hat Manfred Kanther recht. Sie kann aber auch nicht so tun, als ginge sie die Kurdenfrage nichts an. Es ist weder glaubhaft noch friedensstiftend, wenn die Bundesregierung zwar die »Partiya Karkeren Kurdistan«, die PKK, verbietet – nicht aber zugleich die Waffenexporte in die Türkei einstellt. Denn das gibt eben der PKK recht, die man doch schwächen wollte.

Ganz abgesehen davon, daß niemand die Illusion hegen sollte, Deutschland könne sich die Konflikte der Welt mit polizeilichen Mitteln gänzlich vom Leib halten. Deutschland ist nun einmal ein

Einwanderungsland geworden – und es war noch immer so, daß Einwanderer auch einen Teil der Probleme ihrer Heimat mitbringen. Es hat keinen Sinn, das zu leugnen; wir müssen es lernen, damit umzugehen.

Nach dem Ende der Blockkonfrontation ist nicht das Zeitalter der großen Völkerverständigung angebrochen, im Gegenteil, die Krisenherde haben zugenommen, ethnische (oder ethnisch nur drapierte) Konflikte vielfältigen sich, und statt der neuen Weltordnung ist eine neue Weltordnung Wirklichkeit geworden. Deren Ausläufer reichen auch bis Deutschland, und alles spricht dafür, daß das in der einen Welt der vielen Konflikte in Zukunft noch zunehmen wird. Deutschland wird – anders als in den vier Jahrzehnten nach dem Ende des zweiten Weltkriegs – keine Insel bleiben und keine Festung werden können. Auch ohne deutsche Schuld, also ohne deutsche Waffenlieferungen an die Türkei, ginge uns die brutale Verfolgung der Kurden etwas an, und wir würden es auch zu spüren bekommen.

Die PKK ist alles andere als eine demokratische Organisation, und natürlich schadet sie der Sache der Kurden. Wer aber nicht sehen will, daß die im friedlichen Deutschland lebenden Kurden angesichts der Lage ihrer Landsleute in der Türkei ein schlechtes Gewissen haben und oft auch verzweifelt sind – wer also dem kurdischen Protest nicht auch tätiges Verständnis entgegenbringt – der treibt die Kurden in die Arme der PKK.

Wer nur nach dem starken Staat ruft, schwächt den Staat. Wehrhaft wird die Demokratie dagegen durch eine Politik der Toleranz. Denn diese vermehrt die Zahl derer, die einen solchen Staat – in dem sie anerkannt sind – für verteidigungswert halten. Sie isoliert die Scharfmacher der einen wie der anderen Seite.



»Das alte Spiel: Ein Gesetz wird übertreten – und sofort sind die zur Stelle, die nicht auf die Anwendung der strafrechtlichen Bestimmungen, sondern auf deren Verschärfung drängen.«

Thomas Schmid lebt
als Publizist in Frankfurt am Main.